



Dossenheimer Ortsgespräch - Die Zeitung der SPD Dossenheim

Thema. -Bildung (März 2006)

Kinderbetreuung in Dossenheim

Der erste Kontakt von Eltern und Kinder mit institutionalisierter Bildung und Betreuung sind die Kindertagesstätten. Sie leisten einen maßgeblichen Beitrag zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern. Und sie ermöglichen Eltern, Familie, persönliche Interessen und Arbeitsleben miteinander zu vereinbaren.

Aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen und wissenschaftliche Erkenntnisse heben die Bedeutung frühkindlicher Bildung und damit auch der Kindertagesstätten hervor. Gleichzeitig sind die Fachkräfte zunehmenden Anforderungen und Belastungen ausgesetzt, ohne dass sich diese Leistung in entsprechender Wertschätzung niederschlägt.

Das Recht auf Bildung ist im Elementarbereich nach wie vor ein uneingelöstes Versprechen. Dies hat wesentlich damit zu tun, dass notwendige Ausgaben nicht getätigt, Investitionen in die Fachkräfte nicht vorgenommen und entsprechende Unterstützungen nicht geleistet werden. Die SPD hat es sich zur Aufgabe gemacht, dieses Recht seiner Verwirklichung näher zu bringen. Insbesondere die ungleiche Chancenverteilung, die sich aus der sozialen Herkunft ergibt, stellt ein gesellschaftliches Problem dar, das gelöst werden muss und das gelöst werden kann. Die Kindertagesstätten können hierbei einen großen Beitrag leisten.

In einer Gesamtkonzeption zur Qualitätsentwicklung geht es darum, einen grundlegenden Perspektivenwechsel vorzunehmen. Die Eckpunkte dieses Prozesses sind Bildung und Erziehung als entscheidende Zukunftsressource.

Kinder sollen nicht bloß aufbewahrt, sondern gut betreut und gefördert werden. Kindertagesstätten müssen deshalb nicht nur flächendeckend sondern auch mit gleich hoher Qualität angeboten werden. Moderne pädagogische Standards, gut ausgebildetes Fachpersonal und eine gute Sachmittelausstattung sind dabei unabdingbar.

Dossenheim verfügt mit einem differenzierten Angebot über vielfältige Kindertagesstätten.

Die konfessionellen Einrichtungen decken den größten Bedarf ab. Je nach Interessenlage der Eltern stehen mit dem Kindergarten der Jugendkunstschule und dem Kindergarten am Schwabenheimer Hof weitere Angebote in freier Trägerschaft zur Verfügung.

Der frühkindliche Betreuungsbereich der Kinder unter drei Jahren deckt der Verein "Purzelzwerg", ergänzt durch die kirchlichen Träger, ab.

Die Anforderungen der Zukunft an die Kindertagesstätten werden erheblich sein. Defizite in der Sprachentwicklung sollen festgestellt, eine enge Vernetzung mit den Schulen für das Eingangsjahr entwickelt und ein breites musikalisches, soziales und emotionales Maßnahmenbündel angeboten werden.

Die Kindertagesstätten und die Gemeinde Dossenheim werden sich in Zukunft noch intensiver mit dieser Thematik auseinandersetzen

Carlo Bonifer

Kath. Kindergarten

Wilhelmstraße 47

Tel: 06221-86 09 20

<http://mitglied.lycos.de/kigadossenheim/>

Ev. Kindergarten Marie Böhm

Am Kronenburger Hof 2

Tel: 06221-86 68 30

E-Mail:

ev.marie-boehm-kiga.Dossenheim@t-online.de

Ev. Kindertagesstätte

Lessingstraße 13

Tel: 06221-87 78 0

E-Mail: ev.kita.Dossenheim@t-online.de

KiGA d. Jugendkunstschule HD

Konrad-Adenauer-Straße 10

Tel: 06221-86 14 86

www.jukusch.de/konfetti/index.html

KiGA Schwabenheimer Hof

Ortsstraße 10

Tel: 06221-86 01 65

www.kiga-schwabenheimerhof.de

Purzelzwerg e.V.

Kleinkindgruppe

Platanenweg 4

Tel.: 06221-86 22 12

www.purzelzwerg-dossenheim.de





Bildung schafft mehr Gerechtigkeit

aus dem Regierungsprogramm der SPD Baden-Württemberg

Verbesserungen in der Bildungspolitik sind der Schlüssel zu mehr Gerechtigkeit in unseren Land. Wer Chancengleichheit will, muss die Betreuungseinrichtungen für Kinder als Stätten von Erziehung und Bildung aufwerten. In den Schulen dürfen Bildungschancen nicht von der sozialen Herkunft abhängen; und einzelne Schüler müssen gezielt gefördert werden. Daher wollen wir längere gemeinsame Lernzeiten durch Ganztageschulen und eine sechsjährige Grundschule ermöglichen. Chancengleichheit bedeutet für uns auch, dass wir durch integrierte Betreuungs- und Unterrichtsformen Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen mehr gemeinsame Lernerfahrungen ermöglichen. Den Zugang zu Hochschulen wollen wir für alle erleichtern. Gleichzeitig werden wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

Chancengleichheit von Anfang an

Wichtige Grundlagen für die spätere Entwicklung unserer Kinder werden schon vor dem Schulbesuch gelegt. Wir wollen den Zugang zum Kindergarten erleichtern, indem wir - beginnend mit dem letzten Kindergartenjahr - schrittweise die Beitragsfreiheit für den Besuch des Kindergartens einführen. Zugleich wollen wir das letzte Kindergartenjahr verbindlich machen.

Gute Betreuung für die Kleinsten

Baden-Württemberg muss die Rote Laterne bei der Kleinkindbetreuung im Ländervergleich abgeben. Wir werden das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren ausbauen. Ab 2010 wird in Baden-Württemberg für jedes Kind ein Kindergartenplatz ab dem Alter von zwei Jahren angeboten.

Sprachförderung im Kindergarten

Wir wollen eine flächendeckende Sprachförderung bereits ab dem ersten Kindergartenjahr, damit alle Kinder die gleichen Startchancen in der Grundschule haben. Die Umsetzung des Orientierungsplans für Kindergärten wollen wir mit Hilfe einer flächendeckenden Weiterbildung für die Erziehungskräfte beschleunigen.

Mehr Ganztageschulen

Bisher gibt es im Land nur 80.000 Plätze in öffentlichen Ganztageschulen, also nur für 6 % der Schüler. Wir wollen erreichen, dass jeder dritte Schüler ein Ganztageschulangebot mit ausreichendem pädagogischem und sozialpädagogischem Personal wahrnehmen kann. Nur so sind ausgereifte und stärker differenzierte Unterrichtsmodelle zu verwirklichen. Dabei ist den Schulen weitgehende Autonomie bei der Verwirklichung der Konzeption einzuräumen. Gemeinsam mit Eltern und Schülern gilt

es, der Ganztageschule ein eigenständiges Profil zu geben.

Gemeinschaftlich lernen

Mit der 6jährigen Grundschule werden wir längeres gemeinschaftliches Lernen ermöglichen. Gemeinsames Lernen fördert die Entwicklung unserer Kinder und hilft gerade den Schwachen, ihr Leistungspotenzial zu entfalten.

Haupt- und Realschulen zusammenführen

Wir werden Haupt- und Realschulen zusammenführen. Damit können wir bei rückläufigen Schülerzahlen garantieren, dass auch in Zukunft jedes Kind in seinem Wohnumfeld eine weiterführende Schule besuchen kann.

G 8 kinderfreundlich gestalten

Wir werden bei der Umstellung auf das achtjährige Gymnasium die Belastungen für die Schülerinnen und Schüler verringern, indem die Verdichtung der Lerninhalte rückgängig gemacht wird und die Bildungspläne spürbar entrümpelt werden. Mit uns wird auch in Zukunft die zweite Fremdsprache erst ab Klasse 6 unterrichtet.

Berufliche Bildung aufwerten

Das novellierte Berufsbildungsgesetz soll auch im Land Früchte tragen und so das Duale System ergänzen. Abschlüsse von berufsqualifizierenden vollzeitschulischen Bildungsgängen müssen von der Wirtschaft als vollwertige Zugänge zum Arbeitsmarkt anerkannt werden. Die Absolventen solcher Bildungsgänge müssen von den Kammern zur Abschlussprüfung zugelassen werden. Auf diese Weise wollen wir vollzeitschulische Qualifikationen mit der Dualen Ausbildung verknüpfen und mehr Bewerbern eine echte Chance auf berufliche Erstausbildung mit Abschluss geben. Den Zugang von Absolventen beruflicher Ausbildungsgänge zu Hochschulen werden wir erleichtern.

Erststudium gebührenfrei

Mit uns bleibt das Erststudium gebührenfrei. Dies umfasst ausdrücklich konsekutive (ergänzende) Masterstudiengänge. Durch Studiengebühren werden Kinder aus sozial und finanziell schwächeren Bevölkerungsgruppen vom Studium abgehalten. Gerade diese jungen Menschen wollen wir aber stärken. Unser Ziel ist, den Anteil der studierenden Personen eines Jahrgangs von jetzt 19 % mittelfristig auf den OECD-Durchschnitt von 30 % zu steigern.

Infos zur Wahl unter:

www.spd-landtagswahl2006.de



Aufgaben einer modernen Schule

Erfahrungen an der Internationalen Gesamtschule Heidelberg



Grundschule

Die Grundschule baut auf einer vorschulischen Erziehung (Kindergarten, Vorschule) auf, die leistungsorientiert ist und das Sozialverhalten fördert. Sie hat die Aufgabe, die beiden Pfeiler der schulischen Ausbildung zu gewährleisten: einerseits die Bereitschaft und Fähigkeit zum Lernen und andererseits Erziehung zu einem angemessenen Sozialverhalten. Folgende organisatorische Vorgaben sind hierzu hilfreich:

Neben den regulären Klassen muss es Förderklassen für SchülerInnen mit Migrationshintergrund geben. Ziel dieser Förderklassen ist, die Kinder möglichst schnell und möglichst leistungsgerecht in die normalen Klassen zu integrieren. Weitere Förderangebote sind einzurichten, vor allem zum Spracherwerb und zur Erhaltung des Erworbenen.

LehrerInnen müssen verstärkt in den Bereichen Deutsch als Zweitsprache und Deutsch als Fremdsprache ausgebildet werden. Vor allem in Brennpunktschulen muss ein Ganztagesbereich aufgebaut werden, der auch die Leistungsfähigkeit und das Sozialverhaltens der deutschen Kinder fördert.

Neben das Kerncurriculum tritt ein Sozialcurriculum, das von Lehrkräften und Schulsozialarbeitern gemeinsam getragen wird..

Bei der Versorgung der Schulen mit Schulsozialarbeitern muss ein grundsätzliches politisches Umdenken stattfinden; das gilt für alle Schularten! Durch einen Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen kann eine kostengünstige und professionelle schulische Sozialarbeit gewährleistet werden

Schulsozialarbeit in der Grundschule arbeitet vor allem daran, Erziehungsberechtigte verstärkt einzubinden und verhaltensauffällige Kinder zu betreuen. Dazu kommt ein umfangreiches Angebot an Maßnahmen zur Gewalt- und Suchtprävention.

Das Modell der integrierten Orientierungsstufe

Am Ende der vierjährigen Grundschule steht nicht automatisch der direkte Übergang in die weiterführenden Schulen.

An ausgewählten weiterführenden Schulen (nicht an den Grundschulen !) wird eine integrierte Orientierungsstufe eingerichtet. Für jedes Kind muss die Wahlmöglichkeit zur integrierten Orientierungsstufe gewährleistet sein. Dazu müssen flächendeckend Schulen mit diesem Angebot eingerichtet werden. Daneben bleibt das dreigliedrige Schulsystem erhalten. Maßgebend für die Schulwahl ist der Elternwunsch.

Eine endgültige Entscheidung für die weiterführenden Schularten Hauptschule, Realschule oder Gymnasium erfolgt in den integrierten Orientierungsstufen am Ende der 6. Klasse.

Die zweite Fremdsprache wird in den integrierten Orientierungsstufen für alle Kinder verpflichtend um die Entscheidung für das Gymnasium offen zu halten. An ihre Stelle kann nach einem Erfahrungszeitraum ein Förderunterricht in Deutsch oder Englisch treten. Die Entscheidung trifft die Klassenkonferenz.

Langjährige Beobachtungen an der Internationalen Gesamtschule Heidelberg haben gezeigt, dass solche integrierten Orientierungsstufen notwendig sind. Fast die Hälfte der Empfehlungen am Ende der Orientierungsstufe entsprechen nicht der Grundschulempfehlung am Ende der 4. Klasse. Dabei ist der Anteil der Schüler, die eine höhere oder niedrigere Empfehlung erhalten fast gleich. Für Baden-Württemberg ist noch zu bedenken, dass durch die frühe Einführung der zweiten Fremdsprache im Gymnasium (ab 2007 mit Beginn der 5. Klasse) bei den derzeitigen Vorgaben gute Realschüler nicht mehr ins Gymnasium überwechseln können.

Integrationsaufgaben

Wesentliche Aufgabe der Schulen ist die Integration von SchülerInnen mit Migrationshintergrund. Dazu wird das Förderklassensystems ab Klasse 5 bis Klasse 9/10 weitergeführt. Wie in der Grundschule sollen die SchülerInnen schnell in das Regelschulsystem integriert werden und einen möglichst hoch qualifizierten Regelschulabschluss erreichen. Unterstützt werden diese Fördermaßnahmen durch ein sogenanntes Begleitklassensystem: Die SchülerInnen werden möglichst schnell der Klasse zugeordnet, die sie zukünftig als Regelklasse besuchen werden, und nehmen an unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Veranstaltungen dieser Klasse teil. Nach der Integration in die Regelklassen setzen gezielte sprachliche Fördermaßnahmen ein.

Die integrierte Orientierungsstufe wird grundsätzlich als Ganztageschule geführt. Dabei wird der Unterricht rhythmisiert: Wie in allen Klassen bis einschließlich Klasse 11 beginnt der Pflichtunterricht erst mit der 2. Stunde um 8.30 Uhr. Die erste Stunde ist als Ankommstunde konzipiert: Arbeitsgemein-

schaften, Stillarbeit im Klassenzimmer, Aufenthalt im Ganztagesbereich, andere Klassenaktivitäten, Hausaufgaben oder einfach später kommen. Jede Klasse der Orientierungsstufe hat eine Wochenanfangsstunde und eine Klassenratsstunde am Freitag fest im Stundenplan verankert. Ab Klasse 7 ist mindestens eine Verfügungsstunde fest im Stundenplan integriert. Fachstunden werden verstärkt als Doppelstunden gegeben. Die LehrerInnen organisieren eigenverantwortlich den Modulunterricht.

Der Ganztagesunterricht wird in der Mittelstufe fortgesetzt; dabei besucht jeder Schüler in Klasse 7 und 8 jeweils eine zweistündige Pflichtarbeitsgemeinschaft, die im Zeugnis vermerkt wird. Eigenverantwortliches Arbeiten und Hausaufgaben sind teilweise im Unterrichtsalltag integriert.

Das 8jährige Gymnasium muss grundsätzlich als Ganztageschule geführt werden, da bereits die 5. Klassen in der Regel 34 Wochenstunden haben, die bis 36 - in der Oberstufe bis über 40 - ansteigen. Das erfordert Ganztagesunterricht, eine mindestens 60minütige Mittagspause mit Mensa, Arbeitsplätze für SchülerInnen, Arbeitsplätze für LehrerInnen, personelle und sächliche Ausstattung für den Ganztagesbetrieb.

Sozialcurriculum in der Orientierungsstufe

Die Orientierungsstufe setzt das in der Grundschule begonnene Sozialcurriculum fort. Dazu gehören Wochenanfangsstunde und Klassenrat. Die verpflichtende Klassenarbeitsgemeinschaft hat klassenbildende Funktion. Verpflichtend ist auch die Teilnahme an Maßnahmen der präventiven Jugendhilfe des Schulträgers (Gewaltprävention); weitere Angebote zur Gewaltprävention müssen wahrgenommen werden (z.B. in Zusammenarbeit mit der Polizei). Intensive Maßnahmen zur Suchtprävention gehören zum Pflichtkanon und sollen möglichst in Zusammenarbeit mit einer Thoraxklinik durchgeführt werden.

Der Ausbau der Schulsozialarbeit muss in diesen Klassen verstärkt geleistet werden. Wichtiges Ziel ist hierbei, sozialen Einzelproblemen vorzubeugen oder sie zumindest frühzeitig aufzufangen, besonders auch in Zusammenarbeit mit den Eltern. Die präventive Jugendhilfe wird ebenfalls fortgesetzt. Sozialpraktika werden für alle SchülerInnen verbindlich. Hilfreich ist hierbei die Kooperation mit sozialen Einrichtungen im Umfeld der Schule

Die Ausbildungsfähigkeit der SchülerInnen (in enger Zusammenarbeit mit den Schulsozialarbeitern und den Kinder- und Jugendämtern) wird weiter gestärkt. Betriebserkundung, Betriebspraktika sind in Klasse 8 und 9 für alle Schularten verpflichtend. Die Schule sucht die Kooperation mit Firmen, Betrieben und Handwerkern im Umfeld der Schule. Sie öffnet sich für Schulmentoren aus Industrie und Wirtschaft. Erreicht werden sollte der Aufbau eines regionalen Kompetenzzentrums Schule Wirtschaft, das die Vernetzung von Schulen und Unternehmen herstellt und organisiert.

Jede Schule erhält die Möglichkeit zum Aufbau eines Mediationssystems. Damit soll eine Kultur der Streitschlichtung und des gewaltfreien Miteinanders eingeübt und gepflegt werden, mit dem Schwerpunkt

der Peer-Mediation, also Streitschlichtung durch Gleichaltrige.

Die gymnasiale Oberstufe

Über die Notwendigkeit eines Ganztagesbetriebs wurde oben schon gesprochen. Über die Lerninhalte hinaus müssen die sozialen Kompetenzen weiter gefördert werden: z.B. durch ein verpflichtendes Sozialpraktikum in der letzten Klasse vor dem Kurssystem (also Klasse 10 im 8-jährigen Gymnasium) und das verpflichtende Engagement in einem schulischen Gremium während der vorletzten Klasse (so wird es im Sozialcurriculum der IGH gefordert werden).



Fazit

Aus dem Ausgeführten wird deutlich, dass eine moderne Schule ihren SchülerInnen nicht nur Wissen zu vermitteln hat, sondern auch umfassende soziale Kompetenzen. Sie bietet allen SchülerInnen eine möglichst breite Chancengleichheit. Das geschieht durch Integrationsmaßnahmen und umfassende Orientierung für die richtige Schullaufbahn. Darüber hinaus muss jede Schule entsprechend ihrer Ressourcen und Erfahrungen verbindliche Strukturen entwickeln, auf denen sich ein Sozicurriculum gründet. Dieses Curriculum sollte offen sein für die Wege, die zum gewünschten Ziel führen müssen; die Möglichkeit, Neues zu erproben, ist zu gewährleisten. Eine effiziente Evaluation muss in allen oben skizzierten Bereichen gewährleistet werden.

Gerd Hammer





Studium für Jedermann



Beflügelt durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sind die Konservativen und Liberalen zum Generalangriff auf die derzeitige Form der Studienfinanzierung übergegangen. In Baden-Württemberg sollen Studenten nach den Plänen der Regierungsparteien CDU und FDP ab dem Sommersemester 2007 pro Semester 500 Euro zahlen. Die Landesregierung argumentiert, dass dieses Geld jedem Studierenden zu Gute kommt, da es zur Verbesserung der Lehre verwendet wird. Falls das Geld überhaupt langfristig den Etat der Hochschulen erhöht, ist jedoch zu befürchten, dass es in die Forschung und nicht in die Verbesserung der Lehre fließt. Die Folge von Studiengebühren ist eine Gesellschaft der Wenigen, die über eine gute Bildung verfügen, gegenüber einer wachsenden Mehrheit von bildungsfernen Personen. Hochschulbildung wird mehr denn je vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein - daran ändert auch die Möglichkeit zur Aufnahme von Krediten nichts.

Dem setzen wir ein anderes Gesellschafts- und Bildungsverständnis entgegen. Bildung ist ein Menschenrecht und keine Ware! Bildung muss die demokratische Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft ermöglichen. Sie gewährleistet den Fortbestand und die Weiterentwicklung unserer demokratischen Gesellschaft. Sie ist ein wichtiger Motor für echten Fortschritt, für die gerechte Umverteilung gesellschaftlicher Macht und das Aufbrechen bestehender Eliten. Bildung beinhaltet ein klares Bekenntnis zur sozialen Gleichheit aller Menschen und hat deren Aufklärung und eine Veränderung zu einer solidarischen Gesellschaft zum Ziel. Bildung muss daher staatliche Aufgabe sein und bleiben. Wir wollen eine Gesellschaft, an der jede und jeder gleichberechtigt teilhaben kann. Dies bedeutet auch, dass jede/r dazu in die Lage versetzt wird. Dazu braucht es Chancengleichheit im Bildungssystem. Dabei heißt Chancengleichheit für uns als Jusos nicht nur gleiche Möglichkeit beim Zugang zu Bildungseinrichtungen. Sie heißt für uns Gleichheit im

Ergebnis, d.h. die gleiche Möglichkeit, einen Bildungsgang auch abzuschließen.

Contra Studiengebühren

Wir Jusos lehnen Studiengebühren daher aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen ab. Sie lösen kein einziges Problem, sondern verschärfen die Krise des hoch selektiven deutschen Bildungssystems. Hochschulzugang und Studium dürfen nicht vom Geldbeutel abhängen, denn jede Koppelung von Bildungschancen mit der strukturell immer ungleichen privaten Einkommens- und Vermögensverteilung reproduziert die entsprechende Ungleichheit in der Bildung. Schon heute finanzieren zwei Drittel der Studierenden ihr Studium durch Jobben. Studiengebühren würden die Kosten eines Studiums erheblich erhöhen. Im Gegensatz zur Argumentation ihrer Befürworter/innen schränken Studiengebühren die Möglichkeiten der Studierenden real ein.

Kritische Reflexion und der Erwerb von Kenntnissen, die nicht sofort auf dem Arbeitsmarkt benötigt werden, sind so kaum mehr möglich. Studiengebühren werden so zum Disziplinierungsinstrument an den Hochschulen, mit dem konformes Studienverhalten durchgesetzt werden soll.

Der Kampf für ein gebührenfreies Studium ist primär ein politischer. Das Bundesverfassungsgericht hat zwar durch seine restriktive Auslegung des Grundsatzes der gleichwertigen Lebensverhältnisse dem Bund die Kompetenz abgesprochen, Studiengebühren bundesweit zu verbieten. Aber auch nach dem Verfassungsgerichtsurteil besteht kein Zwang, Studiengebühren einzuführen. Deshalb fordern wir Jusos ein Verbot jeglicher Art von Studiengebühren auf Landesebene. Denn es kann nicht darum gehen die soziale Selektion noch weiter voranzutreiben. Unsere Bildungspolitik muss im Gegenteil für mehr Chancengleichheit und weniger soziale Selektion stehen.

BAföG ausbauen

Aber nicht nur mögliche Studiengebühren wirken abschreckend bei der Frage nach der Aufnahme eines Hochschulstudiums. Neben vielem anderen ist auch die Frage der Studienfinanzierung ein für viele nicht zu überwindendes Hindernis bei der Studienaufnahme und auf dem Weg zum Abschluss. Aus unserer Sicht muss die Studienfinanzierung dringend grundsätzlich modernisiert und wie in den bildungspolitisch fortschrittlichen Staaten elternunabhängig gestaltet werden.

Eine Umstellung des BAföG auf ein Darlehenmodell - wie von konservativer Seite gefordert - lehnen wir ab. Diese Darlehen würden zu einer massiven Verschuldung der Studierenden führen und hätten eine noch stärkere Benachteiligung von Studierenden aus einkommensschwächeren Familien zur Folge.

Seit 2001 wurden die Bedarfssätze nicht mehr erhöht, so dass dringend gehandelt werden muss. Denn wegen der steigenden Lebenshaltungskosten bedeutet dies eine Kürzung der Leistungen. Die Freibeträge wurden seit 2002 nicht mehr angepasst. Eine Erhöhung der Freibeträge ist überfällig, da wegen der Abhängigkeit des BAföG vom elterlichen Einkommen jede Nichtanpassung an die nominellen

Lohnsteigerungen eine Verringerung des BAFöG Empfänger/innen -Kreises bedeutet. Bei beiden Punkten muss die Bundesregierung schnellstmöglich handeln.

Dringender Handlungsbedarf besteht aber nicht nur bei den Fördersätzen. Ein modernes BAFöG muss Fördermöglichkeiten für Teilzeitstudierende schaffen. Die derzeitige Struktur des BAFöGs wirkt sich auch hier sozial selektiv aus. Wer auf BAFöG angewiesen ist, kann eine flexible Verzahnung von Hochschule und Praxis nur schwer verwirklichen.



Auch eine Umstellung der Abschlussfinanzierung weg vom "verzinslichen Bankdarlehen" ist dringend geboten. Diese Verschlechterung der Förderbedingungen am Ende des Studiums produziert Studienabbrüche. Die Förderungshöchstdauer muss realistisch gestaltet werden und sich nach der durchschnittlichen Studiendauer des Fachs an der jeweiligen Hochschule richten. Auch diese Maßnahmen müssen kurzfristig umgesetzt werden.

Die Bundesregierung muss das Vorhaben angehen, das BAFöG nach dem Drei-Körbe-Modell umzugestalten. Dabei werden alle bisherigen Leistungen außerhalb des bisherigen BAFöGs an Studierende bzw. deren Eltern (Kindergeld, Freibeträge etc.) zusammengefasst und direkt an alle StudentInnen ausgezahlt, unabhängig davon, wie viel die Eltern oder der Student/die Studentin verdient. Im zweiten Korb wird - jetzt einkommensabhängig - ein Zuschuss an "bedürftige" Studierende gezahlt, der den Lebensunterhalt voll abdeckt. Der dritte Korb ist ein einkommensunabhängiges, nicht verzinstes Darlehen für alle Studierenden, wenn er oder sie zusätzliches Geld benötigt. Zusätzlicher Bedarf beispielsweise wegen Behinderungen oder wegen eigener Kinder wird dabei über Korb 2 abgedeckt. Das BAFöG muss auch - nach dem gleichen Modell - wieder für Schülerinnen und Schüler gelten sowie für alle, die sich in einer nicht bezahlten Berufsausbildung (Berufsfachschulen, Meisterausbildung) befinden sowie für Personen im zweiten Bildungsweg.

Langfristig soll das BAFöG zu einem elternunabhängigen Vollzuschuss werden. Solange die BAFöG-Zahlungen vom Einkommen der Eltern abhängig sind, wird es immer Ungerechtigkeiten an den Freibetragsgrenzen geben. Außerdem können Eltern mit der Drohung, die Unterhaltzahlungen zu entziehen, die Studienfachwahl ihres Kindes beeinflussen. Auch dies wollen wir durch den BAFöG-Zuschuss verhindern. Der Vollzuschuss soll jedem Jugendlichen eine selbstbestimmte qualifizierte Ausbildung ermöglichen: Hoch- oder Fachhochschulreife auch auf dem zweiten Bildungsweg, eine MeisterInnenausbildung, ein Universitätsstudium sowie regelmäßige berufliche Weiterbildung - auch an den Hochschulen.

Jusos Dossenheim

www.jusos-dossenheim.de



Hans Georg Junginger, MdL: Mit Herz und Verstand für die Region!



Liebe Dossenheimer Mitbürgerinnen und Mitbürger,

seit 1996 vertrete ich nun den Wahlkreis Weinheim für die SPD im Stuttgarter Landtag. Darauf bin ich stolz, es ist ein besonderer Wahlkreis mit außergewöhnlichen Menschen. Landschaftliche Schönheit und kulturelle Vielfalt halten jedem Vergleich stand.

Unsere Region als wesentlicher Bestandteil der neuen Europäischen Metropolregion Rhein-Neckar beherbergt Wirtschaftsunternehmen der Spitzenklasse sowie exzellente Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen.

Der Wahlkreis, in dem der Advokat und Revolutionär Friedrich Hecker im Jahre 1842 in die 2. Badische Kammer nach Karlsruhe gewählt worden ist, bot schon immer Besonderes. Hecker hätte sich allerdings sicher nicht träumen lassen, dass dieser Wahlkreis einmal im Mittelpunkt der Europäischen Metropolregion Rhein-Neckar liegen würde. Er ist ein herausragender Wahlkreis in einem leistungsstarken und zukunftsfähigen Bundesland - trotz CDU und trotz konservativer Engstirnigkeit seiner Landesregierungen ohne unsere Regierungsbeteiligung.

Die SPD bleibt ausdrücklich dabei: Dieses großartige Land wird seit Jahr und Tag unter seinen Möglichkeiten regiert.

- Mit der SPD-Fraktion werde ich dafür sorgen, dass Baden-Württemberg das kinderfreundlichste Land innerhalb Deutschlands wird. Eltern sollen nicht nur lobende Worte hören, sondern aktive Unterstützung erfahren durch bessere Betreuungsmöglichkeiten.
- Wir brauchen künftig modernere Schulen mit guter Lehrerversorgung und ein flächendeckendes Angebot an Ganztageschulen.
- Bildung, Ausbildung und Weiterbildung sind Grundpfeiler unserer Gesellschaftsordnung. Gute Bildungschancen für alle Kinder und Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Erwachsenen sind die Voraussetzung dafür, dass Baden-Württemberg im internationalen Wettbewerb mithalten kann. Diese Chancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern oder der Finanzkraft Erwachsener Weiterbildungswilliger abhängig sein.
- Dringend notwendig ist eine Fortführung der alternativen Energiepolitik, wir müssen wegkommen vom Öl und anderen fossilen Brennstoffen.
- Die Landesschulden müssen reduziert werden, damit die kommenden Generationen nicht für die angehäuften Schulden bezahlen müssen.
- Vereine und ehrenamtlich Engagierte spielen im Gemeinschaftsleben eine große Rolle. Ich werde beides wie bisher aktiv unterstützen.
- Die Fortentwicklung unserer Europäischen Metropolregion Rhein-Neckar ist mir ein Herzensanliegen.
- Rechtsextremismus und Fremdenhass dürfen in einem modernen Land wie unserem keinen Platz haben.
- Dem Erhalt bestehender und der Schaffung neuer Arbeitsplätze gilt mein besonderer Einsatz.

Für diese Ziele will ich mich auch künftig als Abgeordneter in Stuttgart mit ganzer Kraft einsetzen!